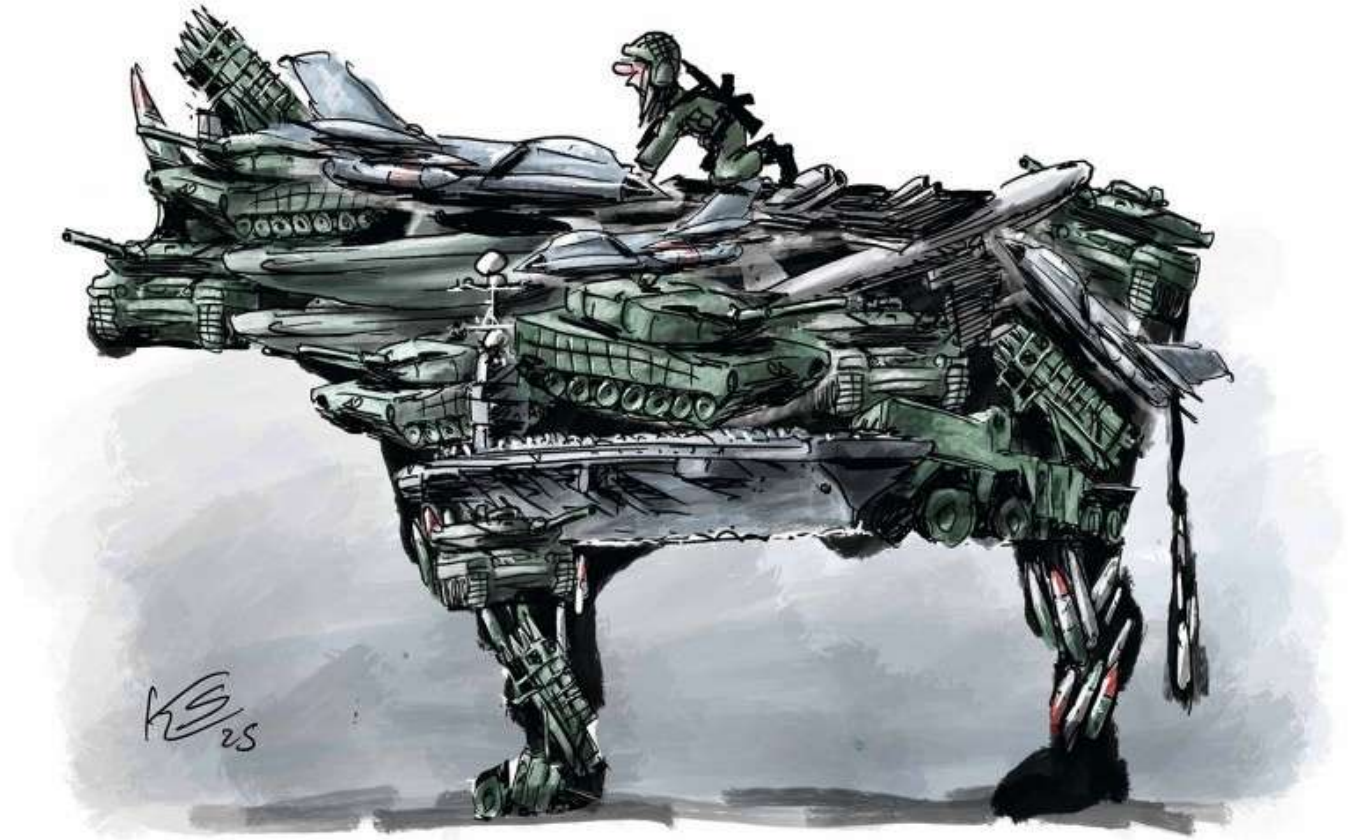
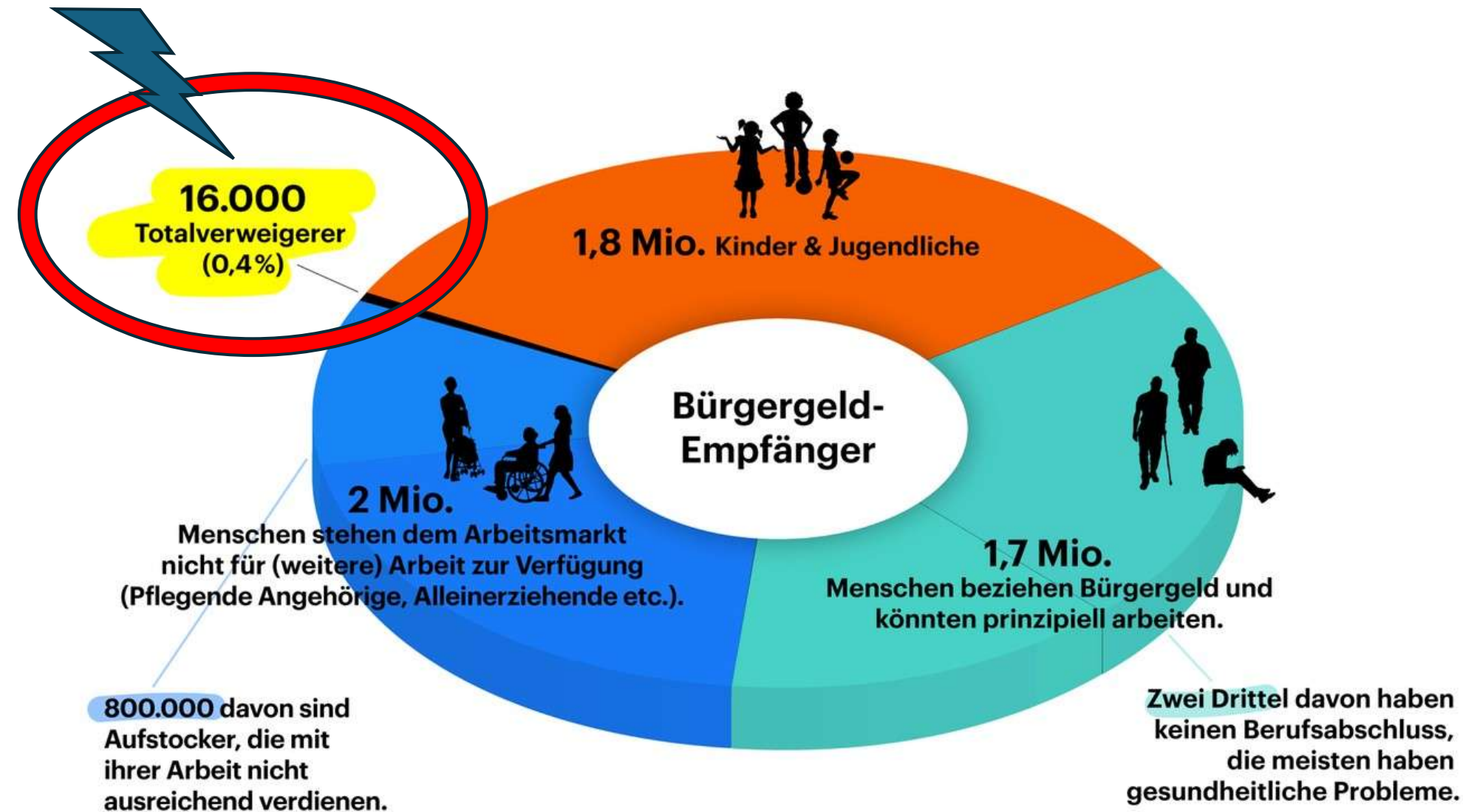


Kanonen statt Butter?

Wer zahlt für die Aufrüstung



Die Zukunft: Europa und der Stier



AUFRUF

Für ein menschenwürdiges Existenzminimum – gegen Kürzungen beim Bürgergeld!

Die Debatte um Kürzungen im Sozialbereich des Bundeshaushaltes 2024 muss sofort beendet werden! Wer die Erhöhung des Bürgergeldes im kommenden Jahr infrage stellt, will offensichtlich Verfassungsbruch begehen. Denn die Sicherung des Existenzminimums durch das Bürgergeld hat Verfassungsrang. Die Anhebung des Bürgergeldes ist für Millionen von Menschen von existenzieller Bedeutung, um die Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Energie halbwegs abfedern zu können.



Prof. Dr. Franz Segbers / Universität Marburg

Für ein
menschenwürdiges
Existenzminimum!

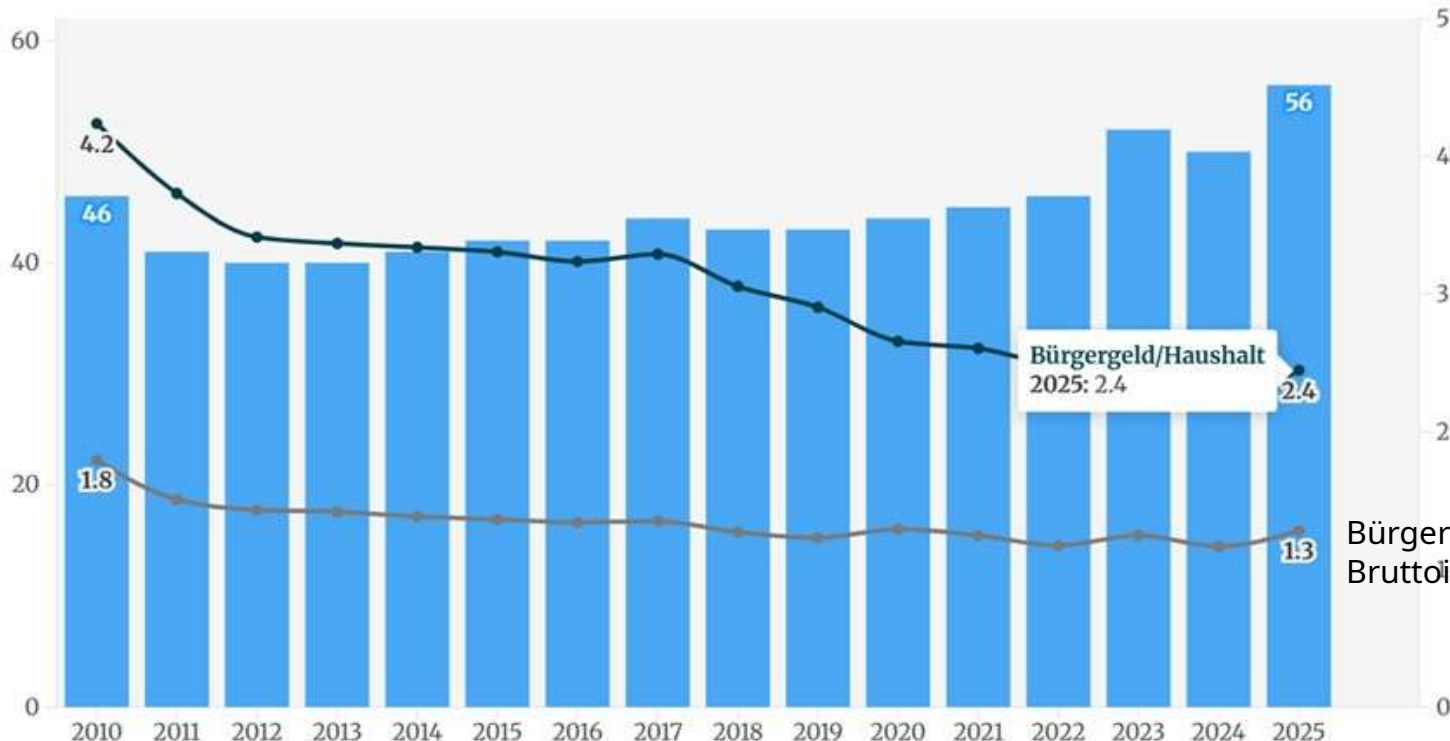
ver di



Steigende Ausgaben, sinkende Belastung

Ausgaben für Leistungen nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (Bürgergeld), nominal in Mrd. € und relativ in Prozent, 2010-2025

■ Bürgergeld/Haushalt ■ Bürgergeld/BIP ■ Bürgergeld



Quellen: Statista, Statistisches Bundesamt • Bei den Werten für 2024 und 2025 handelt es sich zum Teil um Schätzwerte.

Surplus

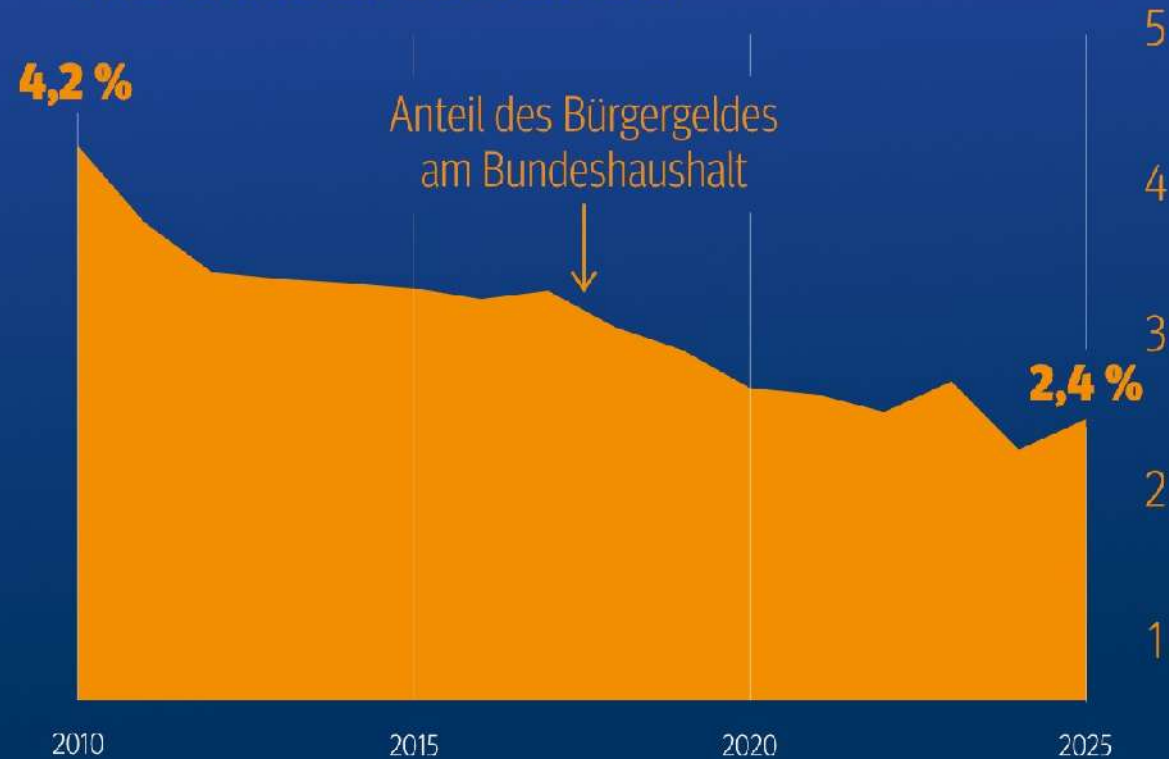
* A Flourish chart



Behauptung:
**Das Bürgergeld wird immer teurer
und ist kaum noch zu finanzieren.**



Was wirklich der Fall ist:



Quelle: surplusmagazin, statista, Statistisches Bundesamt

Was der 5 %-Wahnsinn bedeuten würde:

Basierend auf aktuellem BIP

Was für ALLES
andere bleibt:

277 Mrd. €

Was die
Bundeswehr
bekommen
würde:

225 Mrd. €

Dafür könnte man...*
6.428 km ICE-Strecke
346 Krankenhäuser
11.250 Schulen
81.818 Kitas bauen.

*Gemittelte Durchschnittswerte in Deutschland

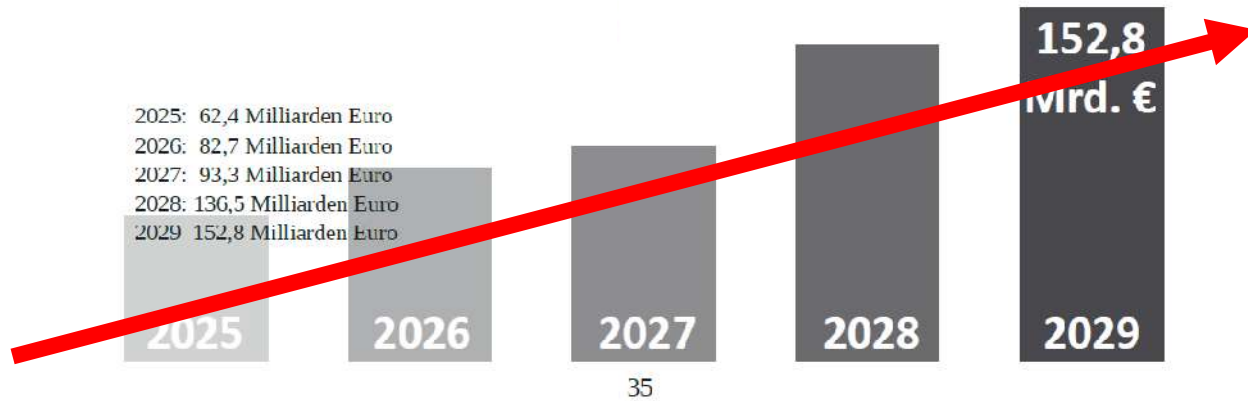


Militärausgaben 225 Mrd. Euro:

**22.000 Scheine 100 Euro
ergeben eine Länge von 229 Meter**

Commerzbandhochhaus 259 Meter





Militärhaushalt

Deutsche
Haushaltsplanu
ng 2025 - 2029

Aufwärtstrend dank Aufrüstung

Aktienwert deutscher Rüstungskonzerne legt zu

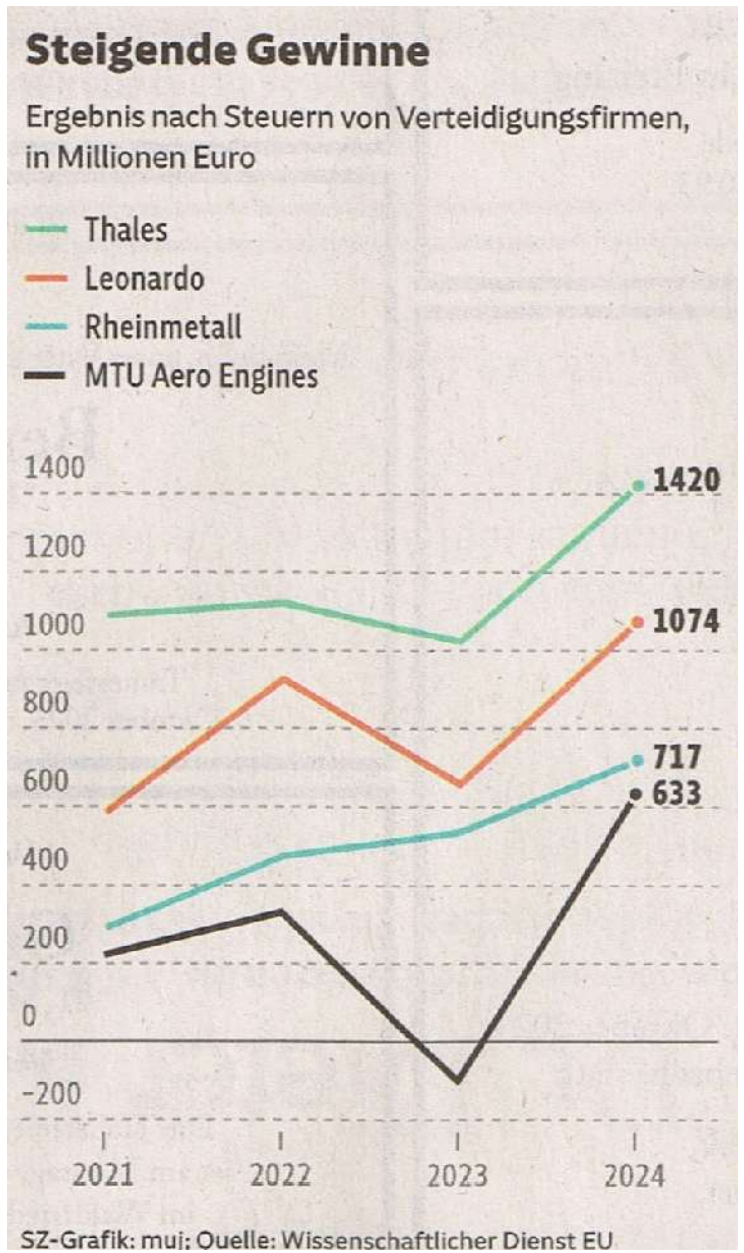


info.BILD.de | Quelle: Google, Stand: 15. Mai 2025 um 15 Uhr, *Schlusskurs 14. Mai

► An der Börse (u.a. Kampfpanzer, Waffensysteme): Rheinmetall am Donnerstagvormittag auf rund 1675 Euro. Seit 2022 ein Plus von unglaublichen 1900 Prozent!

► Hensoldt AG (Radartechnik): Von 66,50 auf über 70 Euro. Plus gut 6 Prozent.

► Renk (Augsburg, u.a. Panzerteile): stieg um rund 3,5 Prozent (55,75 Euro am Vormittag). Somit inzwischen eine Verdopplung binnen eines Jahres



»Kanonen und Butter – das wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Scharaffenland. Das geht nicht. Sondern Kanonen ohne Butter.«

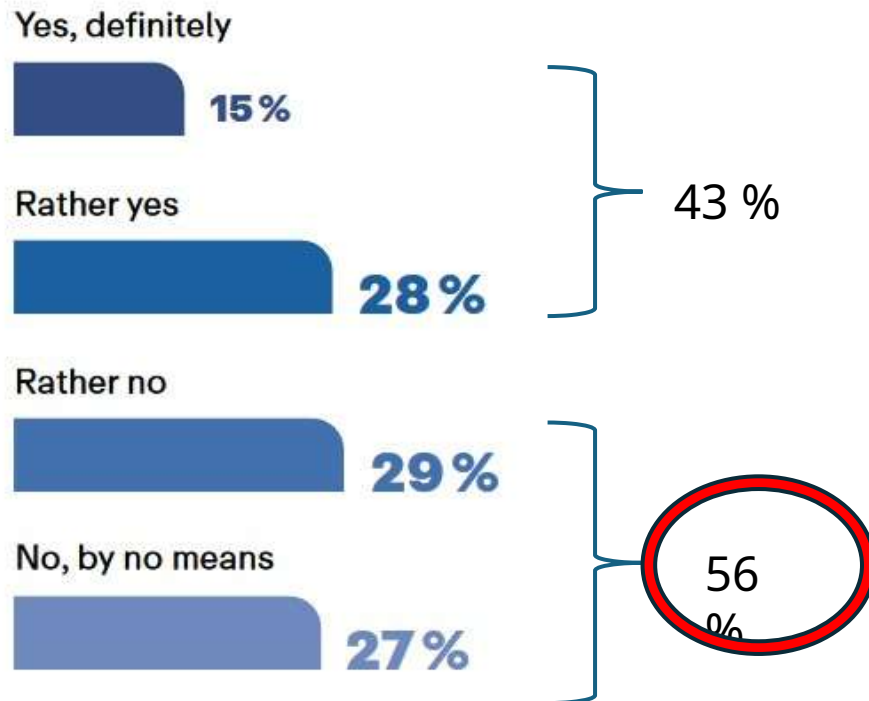


Clemens Fuest,
Präsident des
Wirtschaftsforschungsinstituts
ifo

Budgetary constraints

Of those who favour higher defence spending:

Would you approve cutting social, environmental, cultural and development budgets to increase defence spending in Germany?



2024: don't know 1%, no answer 0%

Haushaltskürzung

Von denen, die höhere Verteidigungsausgaben befürworten:

Würden Sie die Kürzung von Sozial-, Umwelt-, Kultur- und Entwicklungsbudgets zur Erhöhung von Verteidigungsausgaben in Deutschland befürworten?

Entwicklung des Verteidigungshaushalts

Soll-Etat von 2017 bis 2022 in Mrd. Euro

■ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



100 Mrd. €
Sondervermögen

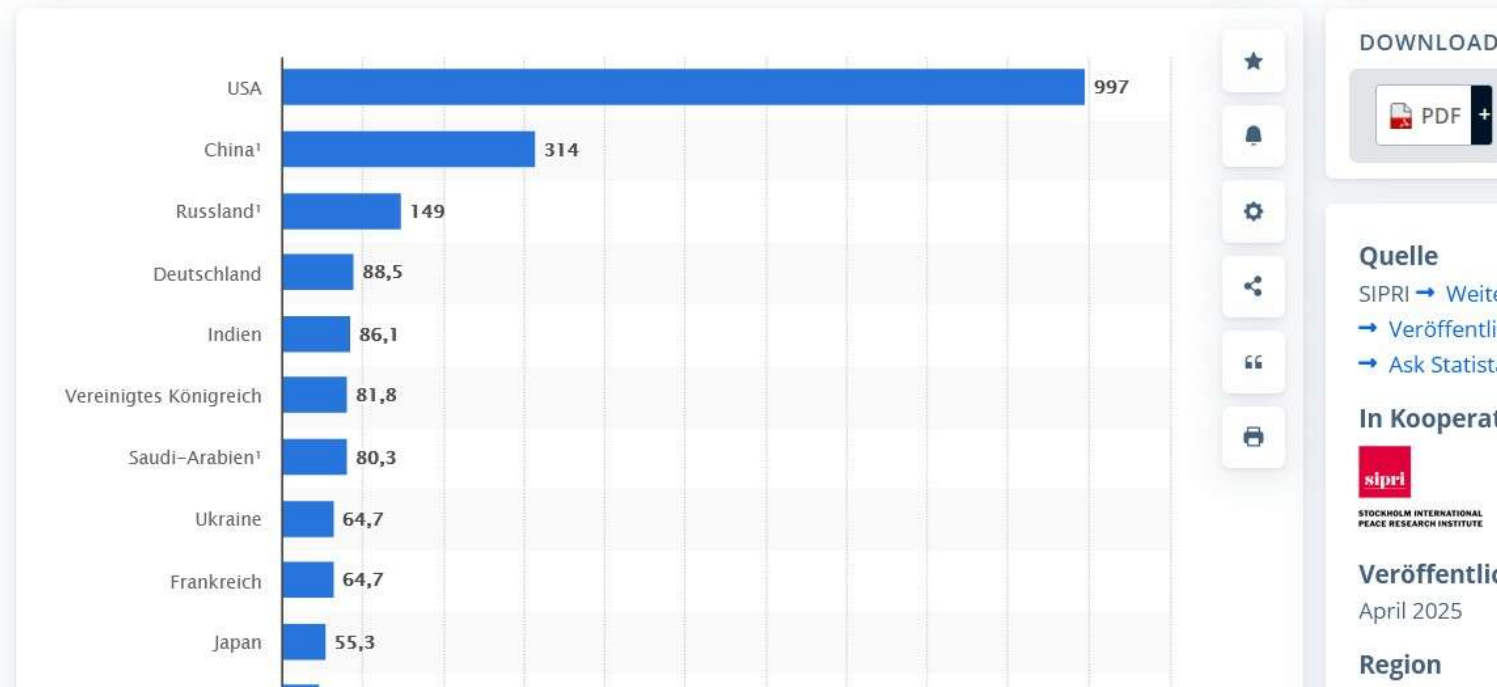
Das Sondervermögen erhält keine Zuweisung aus dem Bundeshaushalt. Die Mittel stehen überjährig zur Verfügung.

100

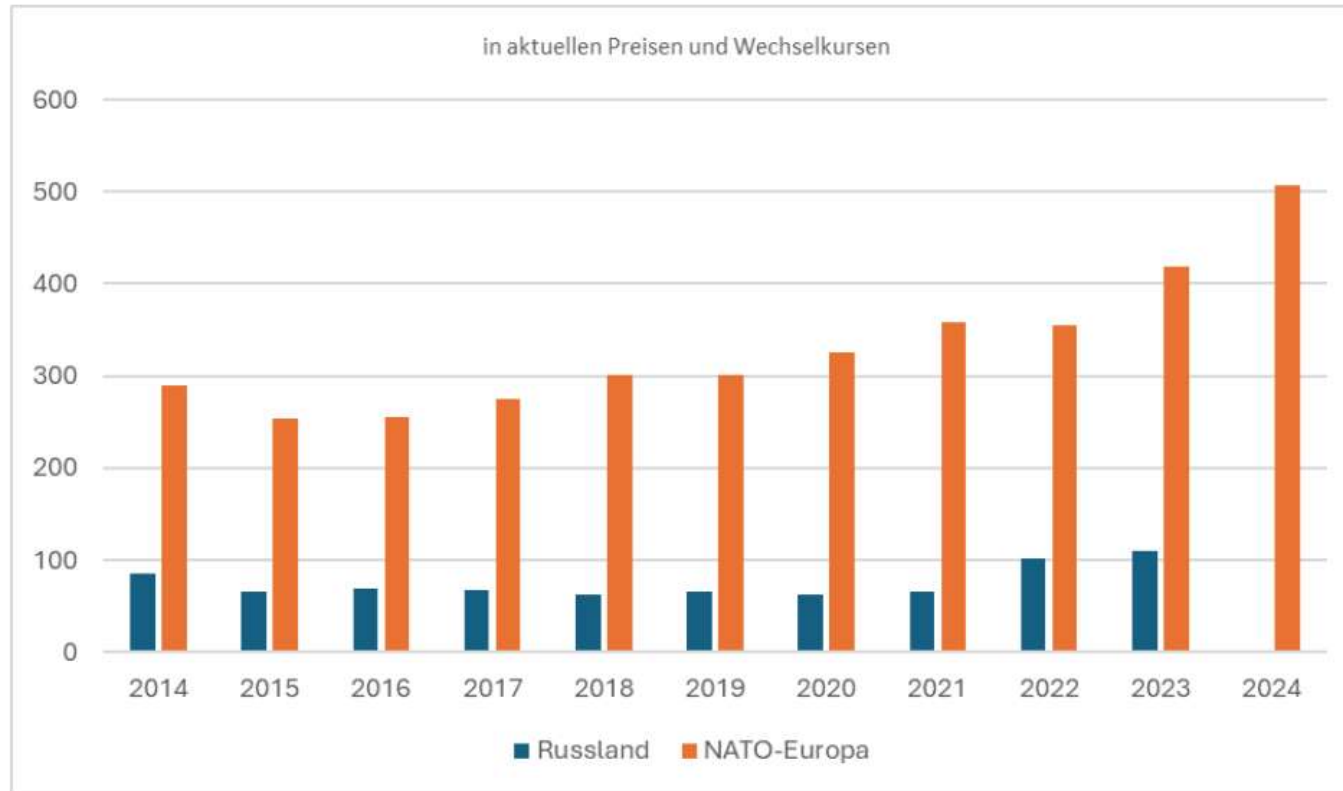
Quelle:
Bundesregierung

Die Länder mit den weltweit höchsten Militärausgaben im Jahr 2024

(in Milliarden US-Dollar)



Grafik 4: Vergleich Militärausgaben Nato-Europa versus Russland (2014-2023)

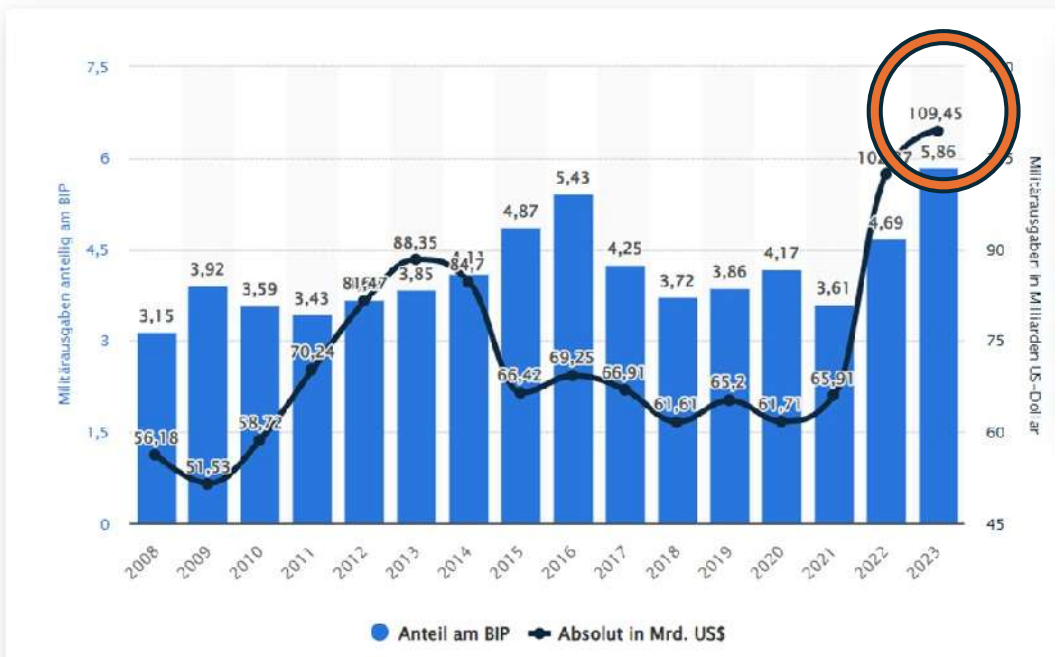


Quellen: Russland: SIPRI (2024), Nato (2024c)

Greenpeace 2024

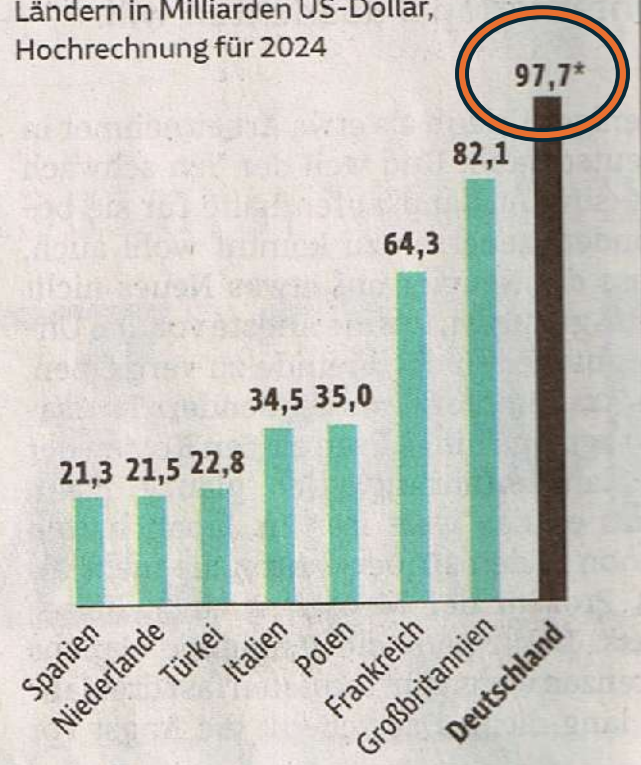
Wirtschaft & Politik > Verteidigung

Russland: Militärausgaben von 2008 bis 2023 (absolut und

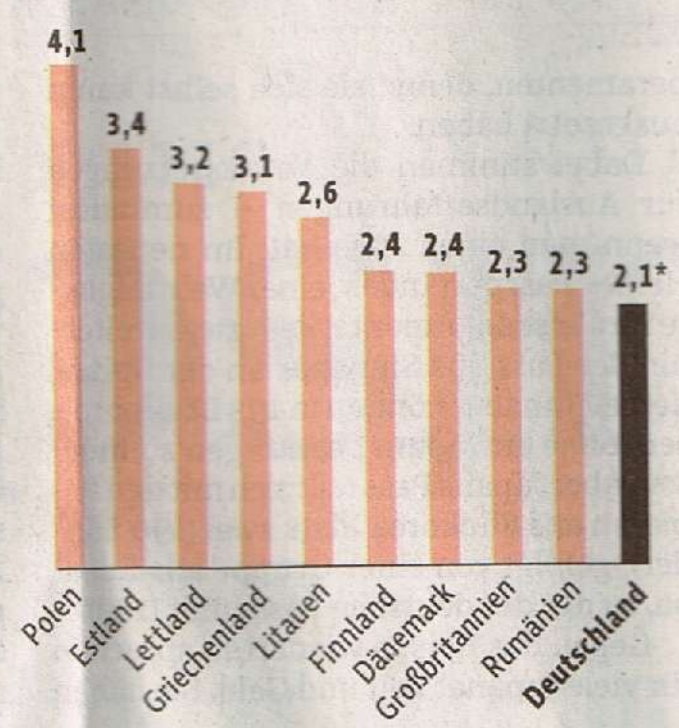


Europäische Verteidigungsausgaben

Militärausgaben von ausgewählten Ländern in Milliarden US-Dollar, Hochrechnung für 2024



Prozentanteil der Militärausgaben am jeweiligen BIP, Hochrechnung für 2024



*inklusive Sondervermögen
SZ-Grafik; Quelle: Nato, Stand: Januar 2025

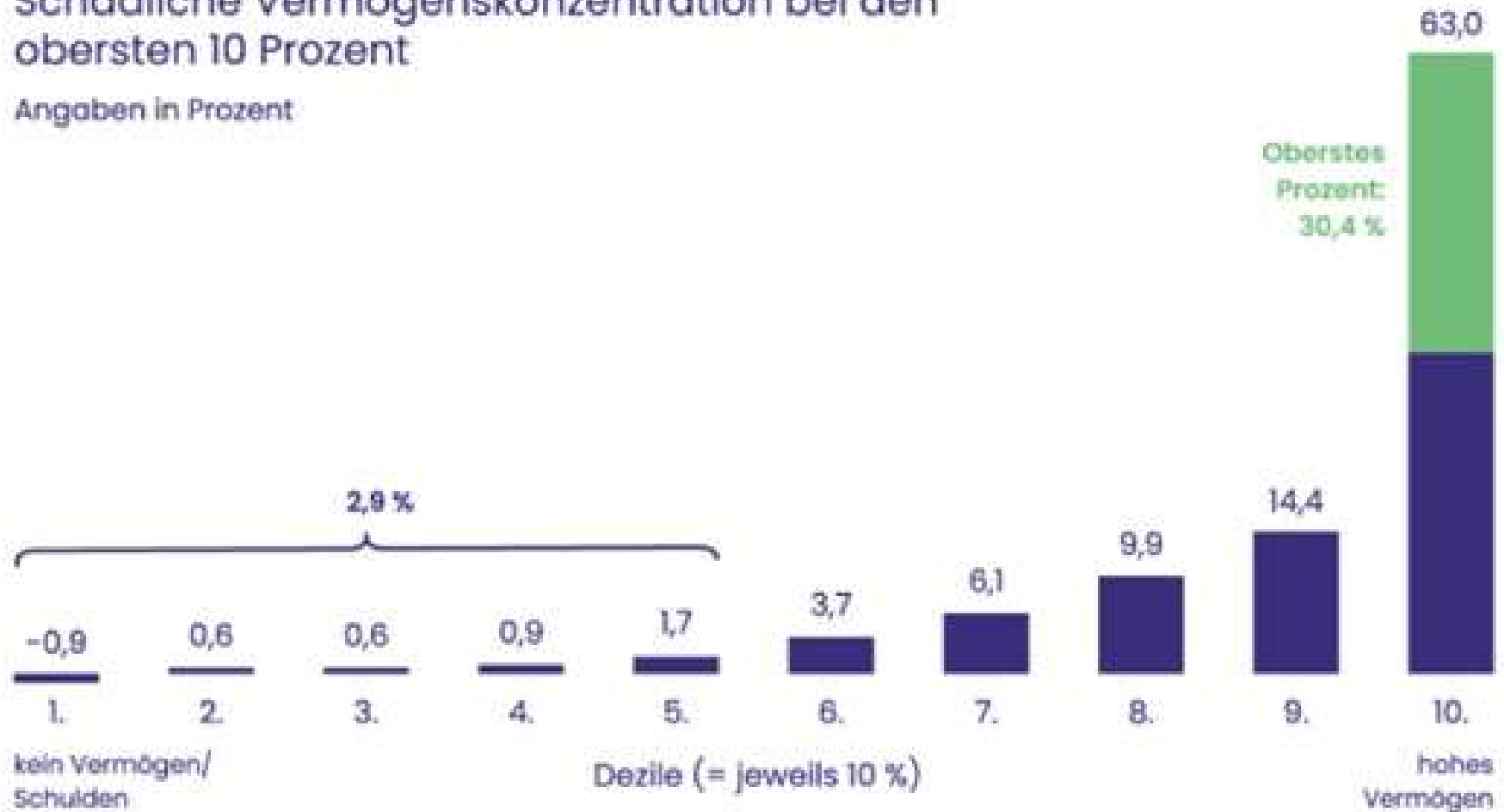
- ✓ **1991: Abschaffung der Börsenumsatzsteuer**
- ✓ **1997: Aussetzung der Vermögenssteuer**
- ✓ **1998/2001/2009: Senkung der Unternehmenssteuern**
- ✓ **2008: Einführung einer pauschalen und einkommensunabhängigen Steuer auf Kapitalerträge**
- ✓ **1992 / 2008 / 2016: großzügige Befreiungen für große Unternehmensvermögen bei der Erbschaftssteuer**



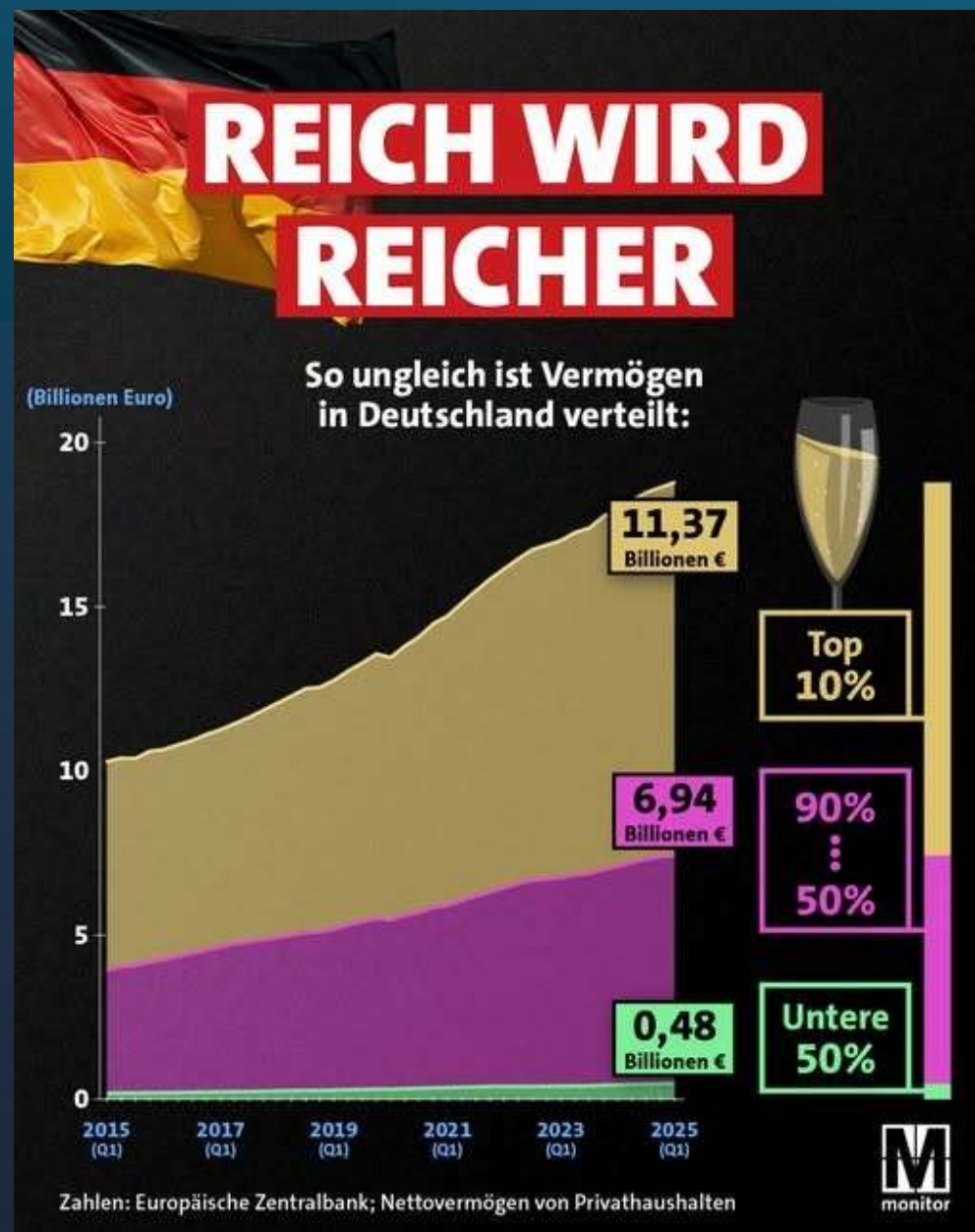
Wer hat wie viel Anteil am Gesamtvermögen in Deutschland?

Schädliche Vermögenskonzentration bei den obersten 10 Prozent

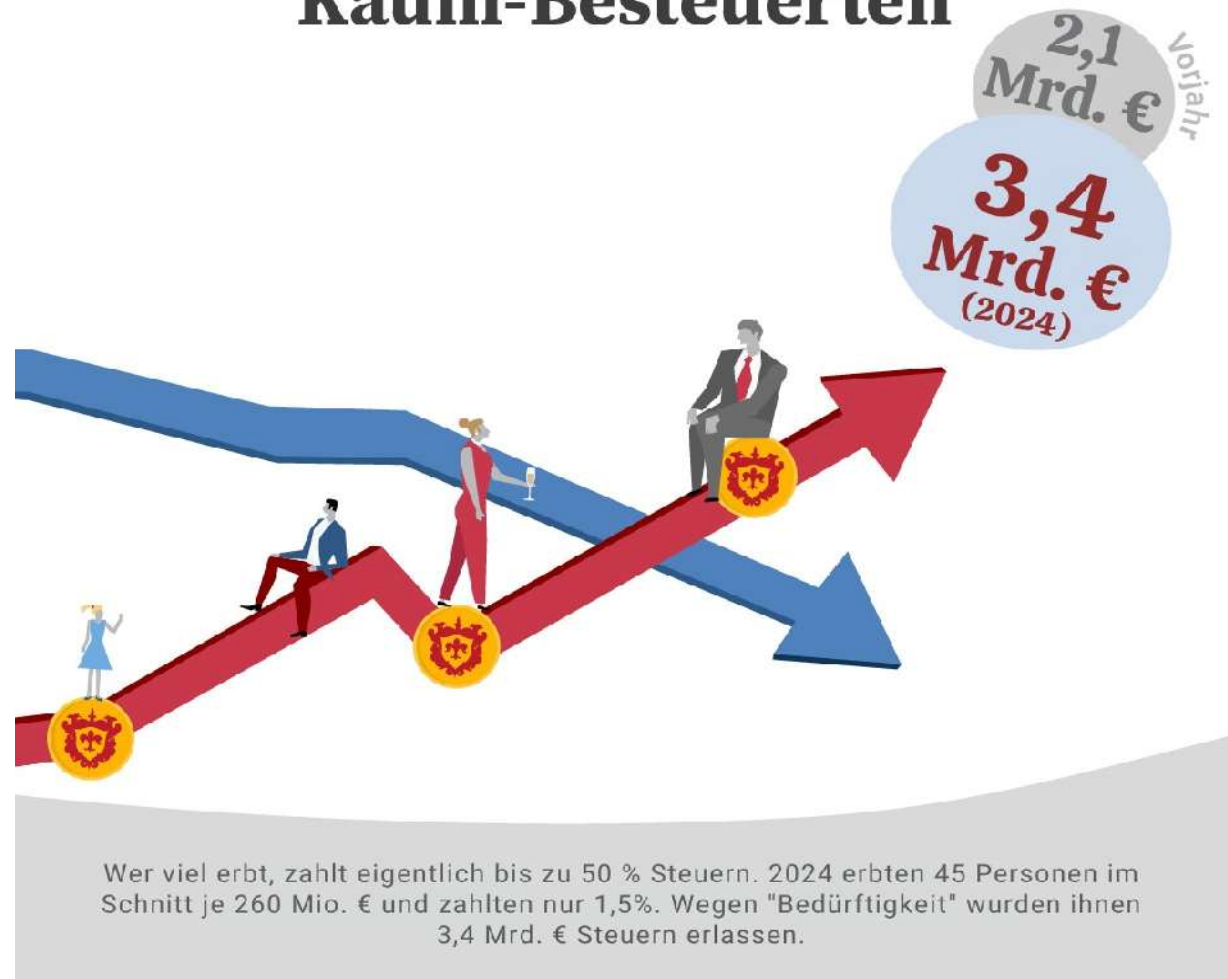
Angaben in Prozent



Quelle: Global Wealth Report 2023, eigene Darstellung

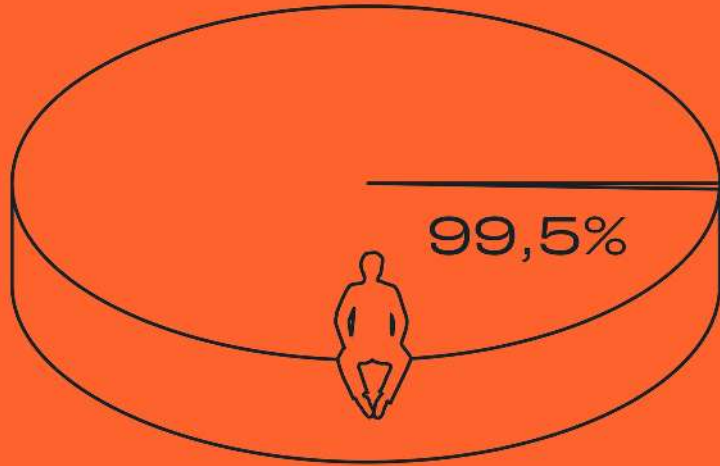


Die Reich-Beschenkten und Kaum-Besteuerten

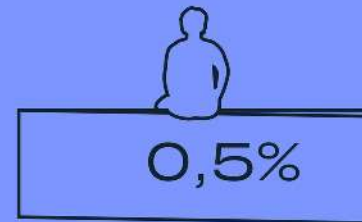


Netzwerk
Steuergerechtigkeit

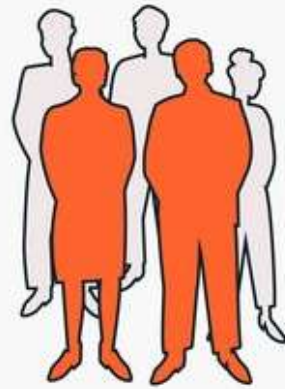
50%



50%



Ungleichheits-Info



Susanne Klatten
& Stefan Quandt
ca. 41 Mrd €



Boehringer &
von Baumbach
ca. 52-101 Mrd €



Die zwei reichsten deutschen Familien besitzen mehr Vermögen als die ärmere Hälfte der deutschen Bevölkerung, also als 42 Millionen Menschen. Quelle: Linartas 2025.

Boris Pistorius

"Mit Sozialleistungen lässt sich dieses Land nicht verteidigen"

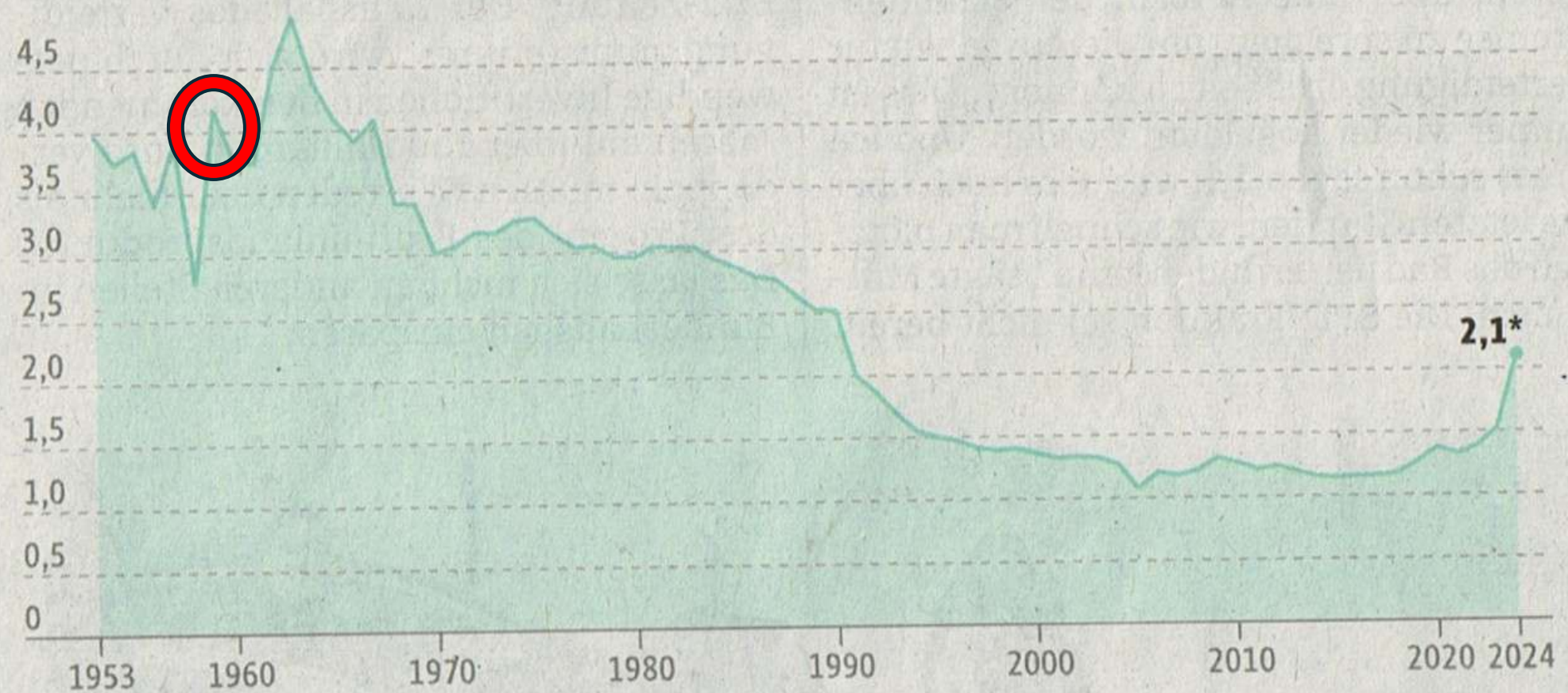
Verteidigungsminister Boris Pistorius plädiert für Abschreckung durch Aufrüstung. Mit Bildung und Sozialleistungen könne Deutschland nicht verteidigt werden.

Aktualisiert am 21. Mai 2025, 11:32 Uhr ⓘ Quelle: ZEIT ONLINE, mgl

Ziel sei, die Nato-Mitgliedsstaaten so aufzustellen, dass es gar nicht erst zu einem Krieg komme. Diplomatie könnte man zudem nur aus einer Position der Stärke heraus betreiben. "Mit Sozialleistungen und mit Bildung lässt sich dieses Land nicht verteidigen", sagte der Minister. Auch andere SPD-Politiker hätten in der Vergangenheit darauf gesetzt, Krieg durch Abschreckung zu verhindern, sagte Pistorius und verwies auf die SPD-Kanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt.

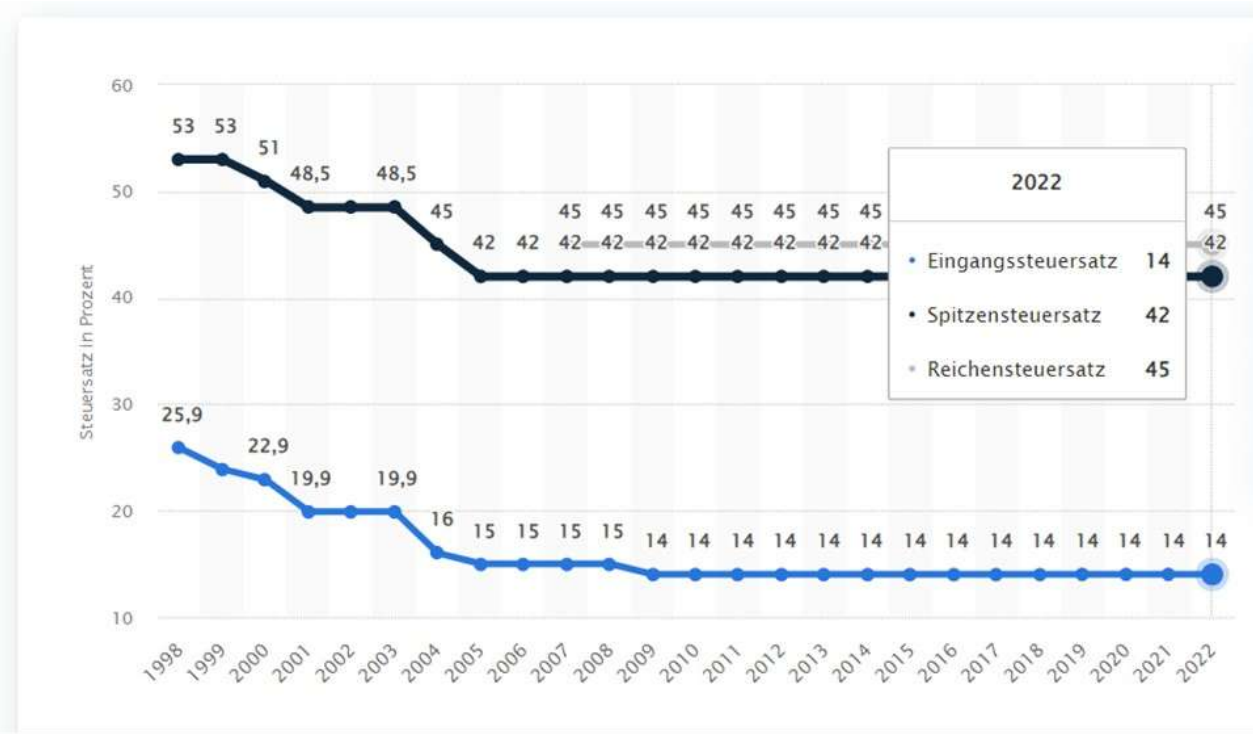
Militärausgaben in Deutschland

im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent



*Hochrechnung für 2024 (inklusive Sondervermögen)

SZ-Grafik; Quellen: Nato, SIPRI





Prof. Dr. Franz Segbers / Universität

»Zeche sollten auch die Alten zahlen«



Moritz Schularick, 49, Präsident des Kiel Instituts für Weltwirtschaft, über höhere Verteidigungsausgaben

SPIEGEL: Herr Schularick, Grünenkanzlerkandidat Robert Habeck fordert, die Verteidigungsausgaben auf 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung zu steigern. Ist das nicht übertrieben?

Schularick: Nein. Die Größenordnung ist angemessen, da sind sich nahezu alle Sicherheit- und Verteidigungsexperten einig.

SPIEGEL: Der künftige US-Präsident Donald Trump verlangt von den Nato-Partnern jetzt sogar 5 Prozent.

Schularick: Solange Europa bei der Verteidigung nicht auf eigenen Füßen steht und aus eigener Kraft Russlands Aggression glaubhaft abschrecken kann, bleiben wir sicherheitspolitisch von Trump erpressbar.

SPIEGEL: Wie kann ein höherer Wehretat finanziert werden?

Schularick: In den nächsten Jahren aus Kreditaufnahme durch Ausnahmen von der Schuldenbremse oder ein neues Sondervermögen. Mittel- und langfristig wird es nicht ohne Kürzungen und Umschichtungen im Haushalt gehen. Dabei muss man auf Fairness zwischen den Generationen achten. Die Zeche sollten nicht nur die Jungen, sondern auch die Alten zahlen.

SPIEGEL: Was schwebt Ihnen vor?

Schularick: Länger arbeiten, Kapitaldeckung hochfahren und den Lebensstandard der Ruheständler durch einen Inflationsausgleich einfrieren. Man wird auch an den Rentenzuschuss des Bundes von über 100 Milliarden im Jahr herangehen müssen. Es war auch die ältere Generation, die es versäumt hat, ausreichend in unsere Sicherheit zu investieren. Stattdessen hat sie die Friedensdividende konsumiert. Deshalb ist es schwierig, wenn die Alten nun ihren Beitrag verweigern würden. Sogar die Jüngeren ja schon die Kredite, die dafür jetzt notwendig werden, bedienen müssen. MBE

Nur wenn der Anstieg der Sozialausgaben gedämpft wird, kann erreicht werden, dass Mindestquoten (etwa für Bildungs- oder Verteidigungsausgaben) auch langfristig eingehalten werden können.

Jahresgutachten 2024/25

Veröffentlichung am 13. November

KEYNES: HOW TO PAY FOR THE WAR

HOW TO PAY FOR THE WAR

By
JOHN MAYNARD KEYNES

PRICE 1/- NET

MACMILLAN AND CO., LIMITED
ST. MARTIN'S STREET, LONDON
1940

SPiEGEL Wirtschaft

Spare bei Temu

 **Verteidigungsausgaben**
Wir müssen aufrüsten für den Wohlstand

Ein Gastbeitrag von Moritz Schularick

Deutschland ist derzeit nicht verteidigungsfähig, und die Wirtschaft lahmt. Der Staat sollte aus dieser Not eine Tugend machen und mit Ausgaben für Rüstung das Wachstum ankurbeln.

28.03.2024, 08.43 Uhr • aus DER SPIEGEL 14/2024

 **ifw** KIEL INSTITUTE FOR THE WORLD ECONOMY

KIEL Report
Ethan Ilzetzki
London School of Economics

**Guns and Growth:
The Economic Consequences of Defense Buildups
! PRELIMINARY !**



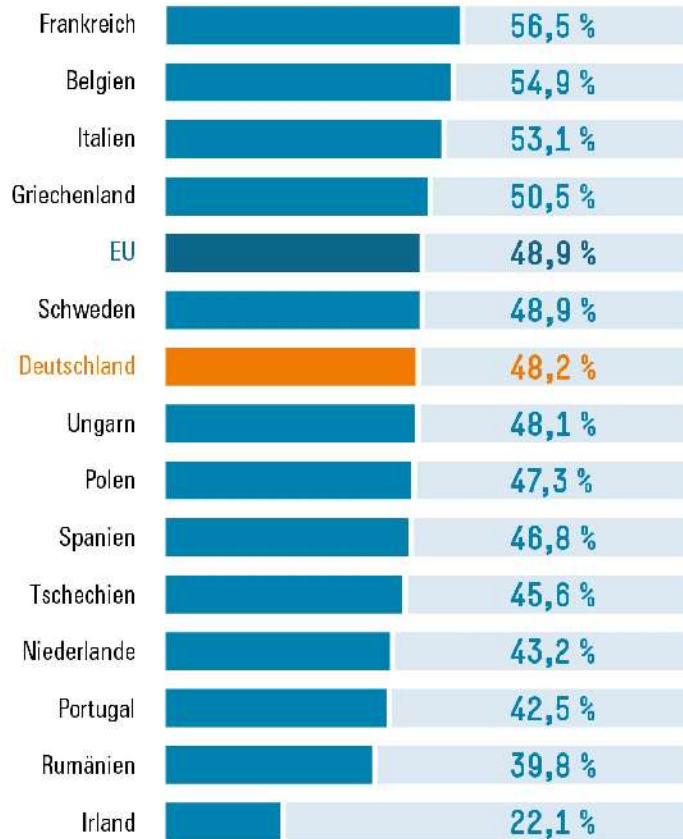
No. 2 | February 2025

Kiel Institute for the World Economy
ISSN 2044-0785

 30th Anniversary

Staatsquote: Andere Länder geben mehr aus

So hoch war 2023 der Anteil der staatlichen Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt in ...

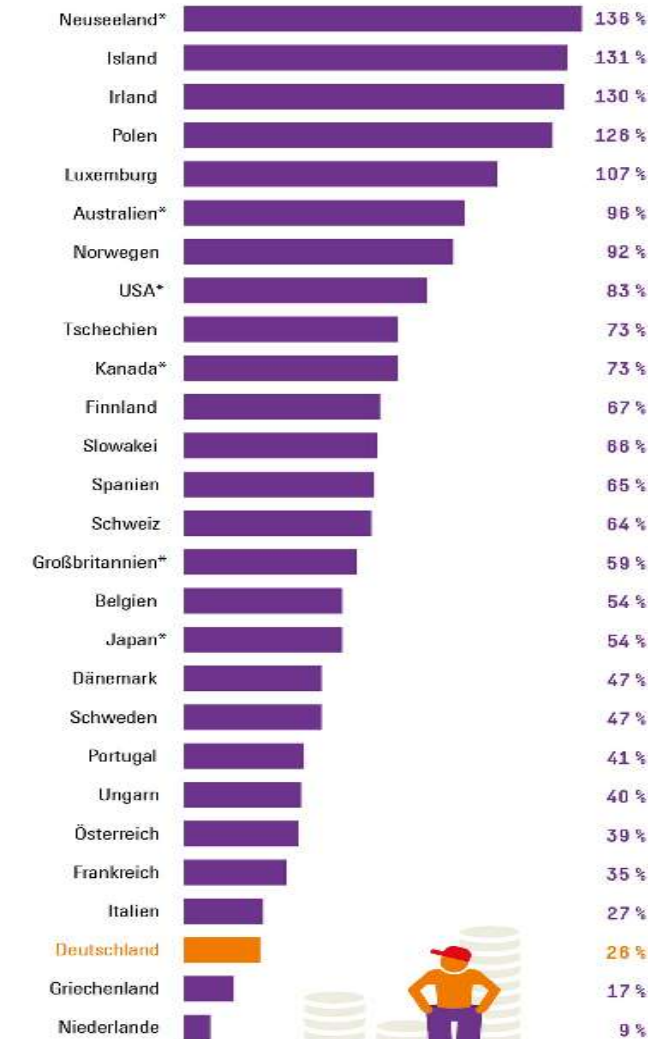


Quelle: IMK 2024

Hans Böckler
Stiftung

Deutsche Sozialausgaben wachsen moderat

So haben sich die öffentlichen Sozialausgaben zwischen 2002 und 2022 real entwickelt in ...



* zwischen 2000 und 2019; Quelle: IMK 2024

Hans Böckler
Stiftung

Sozialleistungsquote seit 2021 rückläufig

Sozialleistungen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt
in Deutschland (in %)*



* ab 2009 inkl. Grundleistungen der privaten Krankenversicherung; 2022: vorläufig; 2023: geschätzt
Quelle: BMAS



statista

Umbau zu einem national-autoritären Sozialstaat

national

Leistungen konditioniert und nicht gleichwertig vergibt, sondern ethnisch-national unterscheidend.

autoritär

Leistungen nicht nach Bedarf und Hilfebedürftigkeit, sondern mit sanktionierender Bestrafung verknüpft.



KIEL REPORT

Ethan Ilizetzi

Waffen und Wachstum: Die wirtschaftlichen Folgen steigender Militärausgaben



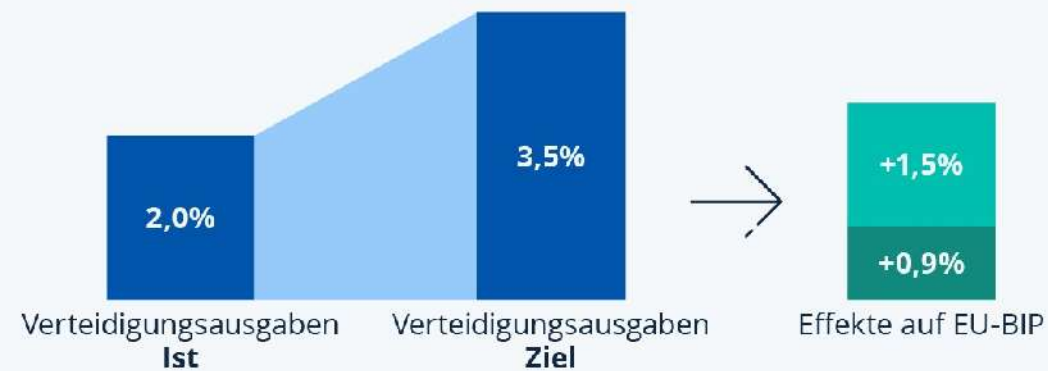
Nr. 2 | Februar 2025

Kiel Institut für Wirtschaft
ISSN 2944-0785



Aufrüstung könnte die Wirtschaft ankurbeln

Geschätzter Effekt erhöhter Verteidigungsausgaben auf
das Bruttoinlandsprodukt in der EU (Stand: Feb 2025)*



Nach einer vorsichtigen Schätzung wächst das
gesamteuropäische BIP **um 0,9% bis 1,5%**, wenn die
Verteidigungsausgaben von **2%** auf **3,5%** des BIP steigen.

* gilt nur bei Erhöhung der Ausgaben durch Staatsverschuldung – bei Finanzierung
durch Steuererhöhungen wäre das Wachstum schwächer oder negativ

Quelle: IfW Kiel



statista

The economic impact of arms spending in Germany, Italy, and Spain

Stamegna, Marco and Bonaiuti, Chiara and Maranzano,
Paolo and Pianta, Mario

March 2024

Fazit:

«Unsere Ergebnisse zeigen,
dass in allen Ländern die
**nichtmilitärischen öffentlichen
Ausgaben größere
Auswirkungen** auf die Wirtschaft
und die Beschäftigung haben und
Beschäftigung haben als die
Ausgaben für den Erwerb von
Waffen.»

GRUNDGESETZ FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

vom 23. Mai 1949

Der Parlamentarische Rat hat am 23. Mai 1949 in Bonn am Rhein in öffentlicher Sitzung festgestellt, daß das am 8. Mai des Jahres 1949 vom Parlamentarischen Rat beschlossene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der Woche vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als Zweidritteln der beteiligten deutschen Länder angenommen worden ist.

Auf Grund dieser Feststellung hat der Parlamentarische Rat, vertreten durch seine Präsidenten, das Grundgesetz ausgefertigt und verkündet.

Das Grundgesetz wird hiermit gemäß Artikel 145 Abs. 3 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht:

Präambel

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen,

von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.

Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.



Aufruf der Initiative ‚Nie wieder Krieg‘ für die Demonstration:

Nein zu Kriegspolitik und Militarisierung — Ja zu Frieden und Abrüstung

Die Situation in Europa entwickelt sich gefährlich in Richtung eines großen Krieges. Statt sich für Frieden einzusetzen, will die Bundesregierung Deutschland ‚kriegstüchtig‘ machen. Mit massiver Hochrüstung soll das Land europäische Führungsmacht werden. Das Geld dafür fehlt bei Krankenhäusern und Pflege, Rente und Sozialleistungen, Bildung und Kitas, Bahn und Nahverkehr. Globale Herausforderungen, die dringend angegangen werden müssen, um den künftigen Generationen eine lebenswerte Welt zu erhalten, bleiben ungelöst.



//

Der einzige Posten im Bundeshaushalt, der die Masse dieses zusätzlichen Bedarfes decken könnte, ist der des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Die Debatte wird sich also um die Streichung von Sozial-Ausgaben für Militär und Rüstung drehen. [...]

Rüstung oder Soziales. Dann wird sich zeigen, wie nachhaltig die viel zitierte Zeitenwende ist. [...]

grundlegenden gesellschaftlichen Debatte über die **nationalen Prioritäten**

[...] entweder die Kürzung sozialer Leistungen oder das Scheitern der Zeitenwende für die Bundeswehr

„Zur Not Ausgaben um 5 Prozent kürzen“

Wirtschaft macht Regierung knallharte Spar-Ansage



Boris Pistorius

"Mit Sozialleistungen lässt sich dieses Land nicht verteidigen"

Verteidigungsminister Boris Pistorius plädiert für Abschreckung durch Aufrüstung. Mit Bildung und Sozialleistungen könne Deutschland nicht verteidigt werden.

Aktualisiert am 21. Mai 2025, 11:32 Uhr ⓘ Quelle: ZEIT ONLINE, mga

Ziel sei, die Nato-Mitgliedsstaaten so aufzustellen, dass es gar nicht erst zu einem Krieg komme. Diplomatie könnte man zudem nur aus einer Position der Stärke heraus betreiben. "Mit Sozialleistungen und mit Bildung lässt sich dieses Land nicht verteidigen", sagte der Minister. Auch andere SPD-Politiker hätten in der Vergangenheit darauf gesetzt, Krieg durch Abschreckung zu verhindern, sagte Pistorius und verwies auf die SPD-Kanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt.

Umbau des rechtebasierten Sozialstaats
mit Leistungen für alle in einen autoritären
Sozialstaat

Militärrepublik mit der stärksten Armee in
Europa und einer Militärindustrie
(Militärisch-industrieller Komplex –
Militärkeynesianismus)

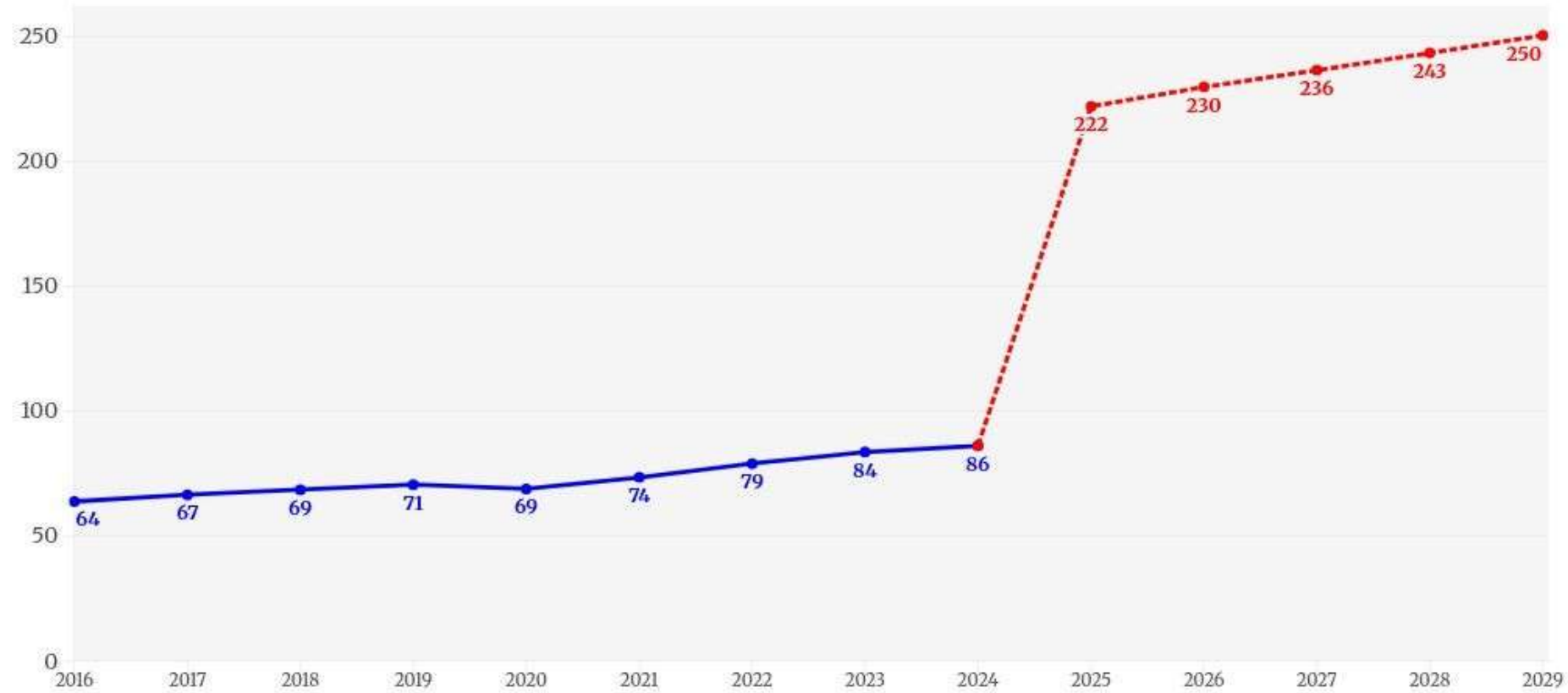
Friedensgebot des Grundgesetzes:
Eindämmung der Produktion von
Kriegswaffen einzudämmen.

Kommt der Militär-Keynesianismus?

Ausgaben Deutschlands zur Erfüllung der Nato-Quote

■ Nato 2% Ziel ■ Nato 5% Ziel (bis 2032 zu erreichen)

Ausgaben in Milliarden

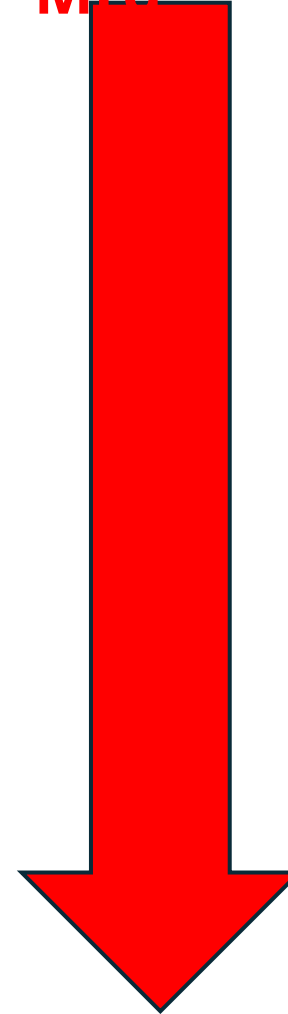


Source: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen

Surplus

Politikfeld	Bisher	Haushalt 2024/5
Arbeitsmarktpolitik - Eingliederung	10,55 Mrd	9,3 Mrd
Demokratieförderung	€ 182	€ 182 Millionen
Zusammenhalt durch Teilhabe“	€ 17 Millionen	€ 10,56)(ab 2026)
Familienferienstätten	€ 1,8 Millionen	2025 sind keine Mittel
Freiwilligendienst	329,88 Millionen	€ 289,88 Millionen
Förderung der Wohlfahrtsverbände	€ 27,4 Mio.	€ 20,16 Mio.
Migration / Integration	€ 81,5 Mio.	€ 77,5 Millionen.
Psychosoziale Unterstützung Geflüchteter	€ 13,14 Millionen	€ 7,14 Millionen
Unabhängige Asylverfahrensberatung:	€ 25 Millionen Der Bedarf bei € 40 Millionen	€ 25 Millionen
Integrationskurse	€ 1 Milliarde	€ 500 Millionen
Kindergrundsicherung		2025 sind keine Mittel zur Weiterentwicklung
Müttergenesung	€ 5,9 Millionen	€ 3,3 Millionen
Klimageld		für das Jahr 2025 keine Mittel
Menschen mit Behinderung	€ 6,7 Millionen	€ 5,1 Millionen
Pflege		Mittel nicht vorgesehen

**713,5
Mrd**



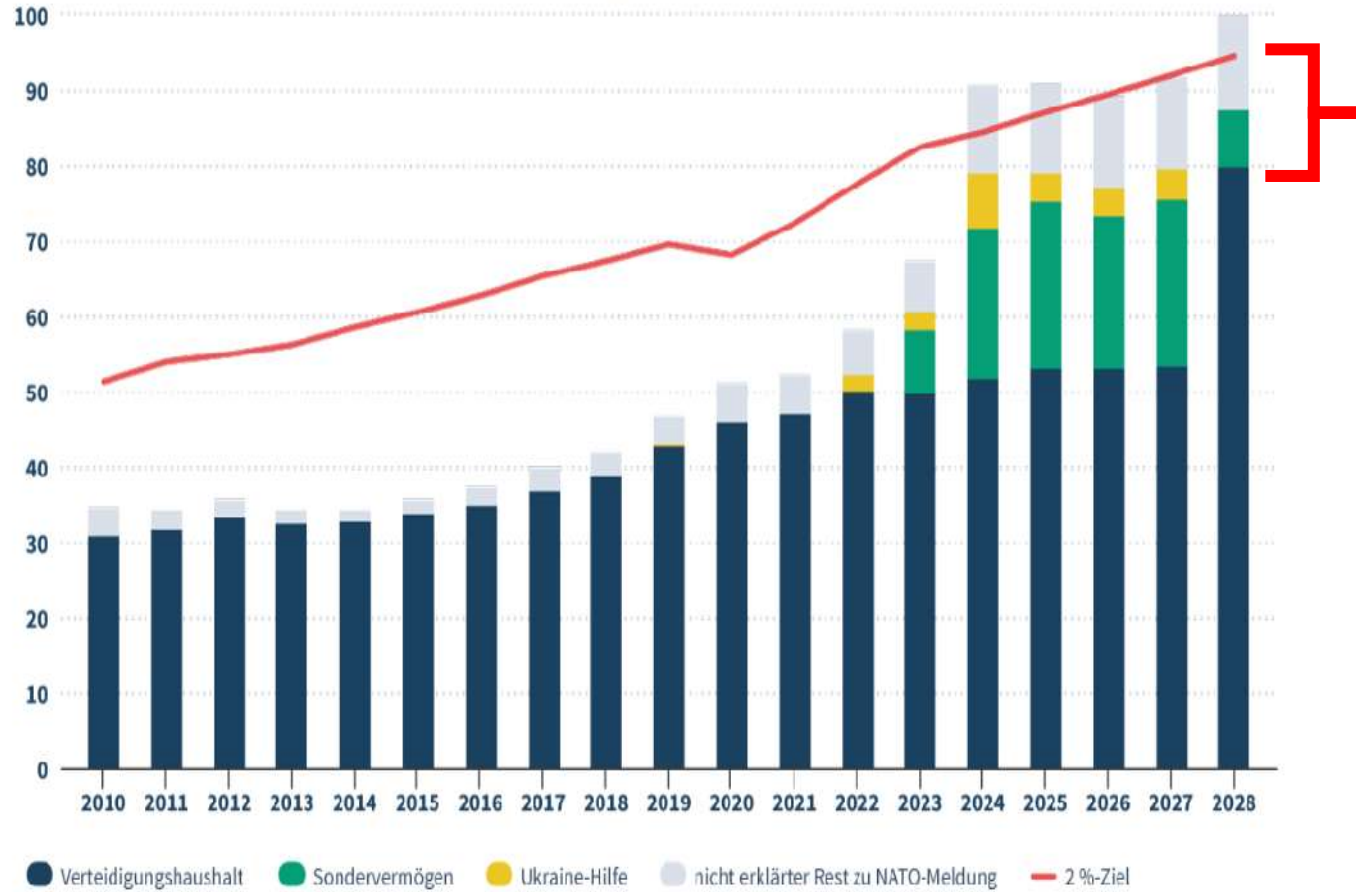
**610,3
Mrd.**

**Bundeshaushalt
2025**

nicht verabschiedet

Entwicklung der Verteidigungsausgaben bis 2028

In Mrd. Euro, Basis: Finanzplanung der Bundesregierung



Quelle: eigene Berechnungen

Im regulären Haushalt wäre damit eine **Lücke von 27,5 Milliarden Euro in 2027 und von 32 Milliarden Euro in 2028**

jeweils zusätzlich zu 4 Milliarden Euro Ertüchtigungshilfen für die Ukraine.

Nach dem Jahr 2027 läge die Lücke auf einem neuen Rekordlevel.

Bardt 2024: 369

IWD